



## KANTON

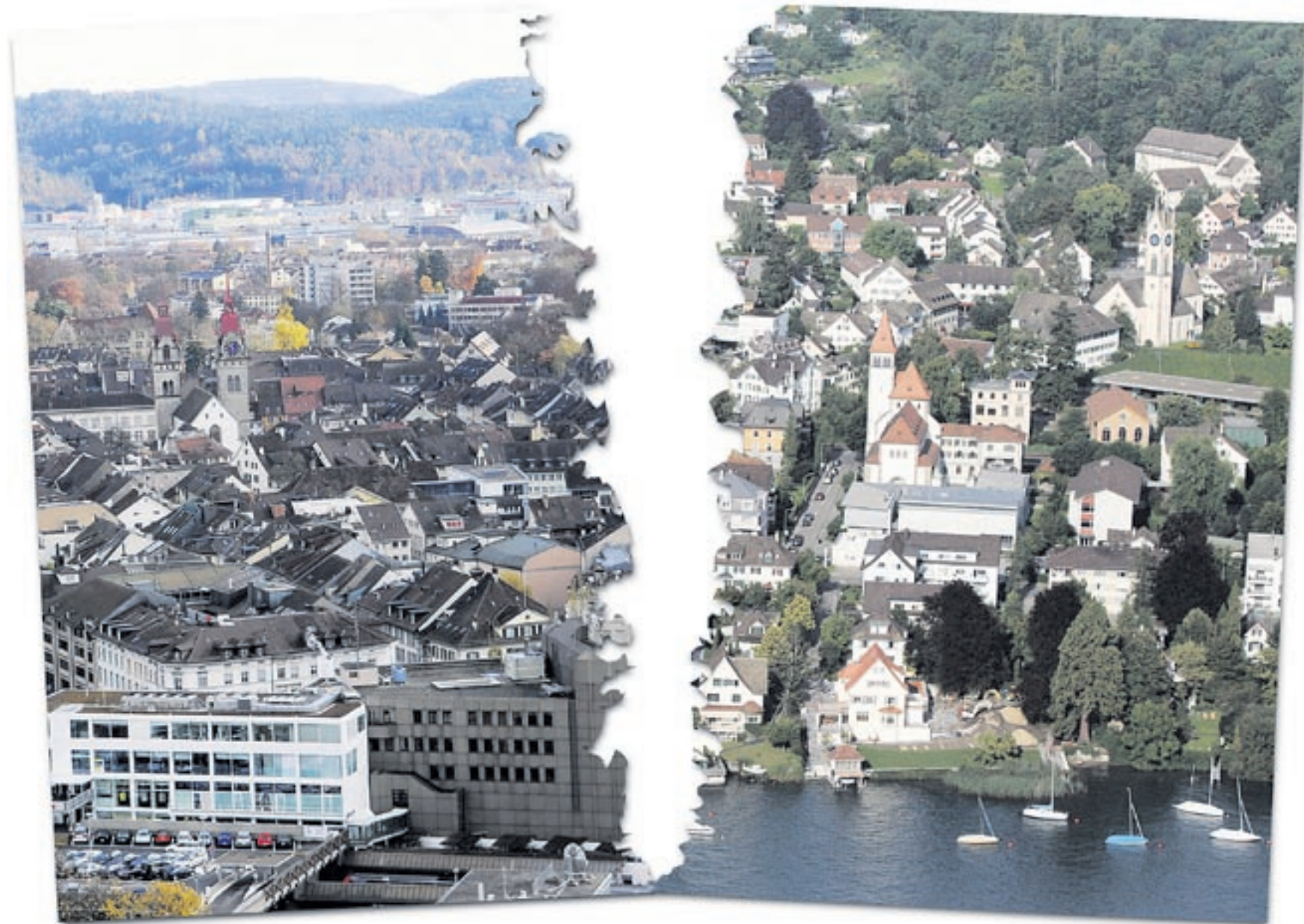
**WEIHBISCHOF:** Josef Annen löst Paul Vollmer am 26. Oktober ad interim ab **SEITE 21**

## REGION

**JUBILÄUM:** 50 Jahre nach dem Bau wäre eine neue Kirche in Aadorf undenkbar **SEITE 18**

## REGIONALKULTUR

**DAVID HELFGOTT:** Der Pianist bereitet sich in Dinhard auf das Tonhalle-Konzert vor **SEITE 19**



Die FDP-Finanzvorsteherinnen der grössten Zahlergemeinde Küssnacht (rechts) und der grössten Empfängergemeinde Winterthur haben unvereinbare Positionen. Bildmontage: sts

## NACHGEFRAGT



**Verena Gick (FDP)**  
Finanzvorsteherin in Winterthur

### «Wir brauchen die 110 Millionen – es ist mir bitter ernst»

Sie appellierten kürzlich an die Kantonsräte der Stadt Winterthur und Umgebung, die Forderung des Stadtrats nach einer Erhöhung des Zentrumslastenausgleichs von 75 auf 110 Millionen zu unterstützen. Wie ist das Echo?

**Verena Gick:** Gemäss den Rückmeldungen, die ich erhalten habe, haben die meisten eingesehen, dass wir mit den 75 Millionen Franken, wie sie in der Vorlage stehen, nicht auskommen können.

Einzelne sagen, Sie täten besser daran zu sparen. Die Ausgaben pro Kopf in Winterthur etwa für Soziales und Sicherheit seien höher als in anderen Gemeinden.

Dass sie höher sind, ist ja gerade Teil unserer Sonderlast! Wir geben für Soziales nicht mehr aus als gesetzlich vorgeschrieben. Die Stadt Zürich hat uns gegenüber den Vorteil, dass sie ihre hohen Zentrallasten teilweise mit ihrer viel höheren Steuerkraft abdecken kann.

Wer soll die 35 Millionen mehr aufbringen, die Sie verlangen? Die reichen Gemeinden oder der Kanton? Für die Zahlergemeinden ist meiner Auffassung nach die obere Grenze erreicht. Eine zusätzliche Abschöpfung wäre nicht mehr fair und reell. Der Kanton muss also das fehlende Geld einschliessen.

Die Zahlergemeinden lehnen Ihre Forderung trotzdem ab. Sie finden sie nicht nachvollziehbar.

Ich finde es schade, dass sie sich nicht auf unsere schlüssige und zwingende Argumentationslinie einlassen. Selbst dem Gemeindeamt leuchtet sie mittlerweile ein.

Warum haben Sie die Forderung nach 110 Millionen nicht schon 2007 gestellt, sondern erst diesen August? Der Stadtrat fand schon die 85 Millionen, von denen in der Vernehmlassung 2007 die Rede war, an der unteren Grenze, verzichtete aber auf eine Forderung. Damals zeigte sich die Problematik eben noch nicht so deutlich wie heute. Unser Problem ist, dass wir ohne genügend Investitionen unsere Infrastruktur vernachlässigen. In den letzten zwei Jahren hat sich die Lage deutlich zugespitzt. Es hat sich gezeigt, dass wir auch mit 85 Millionen nicht zurende kommen.

Kritiker wenden ein, Winterthur pokere nun möglichst hoch, damit wenigstens ein Teil der Forderung erfüllt wird. Machen Sie mit, wenn Sie 85 statt 75 Millionen bekommen? Nein, mit 85 Millionen sind wir nicht dabei. Wir können nicht.

Wo liegt denn die untere Grenze? Wir haben keinen Spielraum. Die Winterthurer sind ja nicht dafür bekannt, übertriebene Forderungen zu stellen. Wir brauchen die 110 Millionen. Es ist mir bitter ernst.

INTERVIEW: THOMAS SCHRANER

# Eine Zerreihsprobe für die FDP

Der neue kantonale Finanzausgleich, über den hinter den Kulissen gefeilscht wird, spaltet den Freisinn. Die Zahlergemeinden an der Goldküste haben kein Verständnis dafür, dass die FDP-Finanzstadträtin von Winterthur viel mehr Geld will.

**ZÜRICH** – Sie sind beide in der gleichen Partei und beide Finanzvorsteherinnen in ihren Gemeinden: Verena Gick und Ursula Gross Leemann. Gick ist Kassenwartin in Winterthur, jener Gemeinde, die mit Abstand am meisten Finanzausgleich im Kanton bezieht (aktuell 135 Millionen Steuerfuss- und Steuerkraftausgleich). Gross Leemann wirkt in Küssnacht, der Gemeinde, die ebenfalls mit Abstand am meisten Geld in den Finanzausgleich abliefern (86 Millionen). Sie hat grosse Mühe mit dem neuen Finanzausgleich, weil dieser rund 40 Millionen mehr umverteilt als der bisherige.

## Das Mass ist voll

Dass ihre Kollegin Gick und mit ihr der gesamte Winterthurer Stadtrat nun noch 35 Millionen mehr (110 statt 75 Millionen) Ausgleichsgeld für Zentrumslasten verlangen, findet Gross

Leemann überrissen: «Man kann doch nicht mehr Geld verteilen als da ist», sagt sie mit Blick auf das massive Defizit beim Kanton. Eine zusätzliche Abschöpfung bei den reichen Gemeinden



«Ja, ich unterstütze das Anliegen von Stadträtin Gick»

Dieter Kläy (FDP)

kommt für sie sowieso nicht in Frage. «Das Mass ist für uns voll.» Gleich sieht es Beatrix Frey-Eigenmann, FDP-Finanzvorsteherin in der Zahlergemeinde Meilen: «Nicht mehr nachvollziehbar», kritisiert sie die Winterthurer Forderung. Wenn Reiche wegziehen oder gar nicht erst kommen, schade das allen – auch dem Kanton und dem Finanzausgleich (Ausgabe vom 14.10.).

In der Kommission Staat und Gemeinden, in der die Vorlage von Regierungsrat Markus Notter (SP) derzeit beraten wird, haben die reichen Gemeinden ihre Sicht der Dinge ebenso darlegen können wie die grossen Städte und der Gemeindepräsidentenverband. Die Frage ist nun, ob sich die Winterthurer Forderung in der Kommission und im Kantonsrat durchsetzt. Klar ist schon jetzt, dass der freisinnigen Fraktion eine Zerreihsprobe be-

vorsteht. Uneinig sind sich selbst die FDP-Mitglieder in der Kommission: «Ja, ich kann Gicks Argumente nachvollziehen und unterstütze ihr Anliegen», sagt Dieter Kläy (Winterthur), während sein Kollege Martin Farner (Oberstammheim) erklärt: «Ich bin sehr skeptisch und teile weitgehend den Standpunkt der Zahlergemeinden.» Keine Stellung nehmen will Kommissionspräsidentin Katharina Kull-Benz (FDP). Auf wessen Seite sie steht, liegt auf der Hand. Sie präsidiert die Zahlergemeinde Zollikon.

## Nicht noch mehr umverteilen

Obwohl selbst der Zürcher Finanzvorsteher Martin Vollenwyder (FDP) Gicks Position stützt, dürften die Skeptiker in der Fraktion obsiegen. Fraktionschef Thomas Vogel, Illnau-Effretikon, umschreibt die Ausgangslage so: «Wir sind sicher nicht daran interessiert, die Umverteilungsmaschinerie anzukurbeln.» Seine persönliche Meinung? «75 Millionen sind für Winterthur zu wenig. Über den Daumen gepeilt müssen es 85 bis 90 sein, 110 Millionen sind eher zu viel.» Er beruft sich auf den Chef des Gemeindeamtes, Arthur Helbling, der an einer FDP-Veranstaltung selber die Ansicht geäussert habe, 75 Millionen seien zu wenig. Helbling ist in den Ferien und für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Fraktionschef Vogel findet es logisch, dass in dieser Phase alle Seiten hoch pokern: «Jeder will jetzt das Maximum herausholen.»

Das haben offenbar auch die Winterthurer Kantonsräte im Sinn. Stadträtin Gick und ihre Amtskollegen versuchen, die Volksvertreter an einer Veranstaltung Anfang September in die Pflicht zu nehmen. Auf of-

fene Ohren stiessen sie bei SP-Kommissionsmitglied Jorge Serra. «Ich bin gleicher Meinung wie Gick», sagt er. Dass der SP-Fraktionschef ebenfalls ein Winterthurer ist, dürfte das Anliegen befördern: «Ich denke, meine Fraktion wird die Winterthurer Forderung wohlwollend aufnehmen», sagt Nicolas Galladé; ob eins zu eins und vollzählig, sei offen. Für Galladé selber ist der Fall klar.

Und klar ist er auch für SVP-Kantonsrat Daniel Oswald: «Ich bin absolut mit Frau Gick und dem Stadtrat einig», verkündet er. Die Erklärung: Er ist Winterthurer Stadtratskandidat. Wohlwollend lässt sich auch SVP-Kommissionsmitglied Ernst Stocker vernehmen: «Ein Stück weit habe ich



«Ich bin sehr skeptisch und teile die Haltung der Zahlergemeinden»

Martin Farner (FDP)

Verständnis für Winterthur.» Sein mutmassliches Motiv: Der Wädenswiler ist Regierungsratskandidat und will es mit den Winterthureren nicht verderben. Woher aber das Geld nehmen?, fragt sich Stocker und gibt die Antwort gleich selber: «Zürich soll zehn Millionen von seinem Ausgleich an Winterthur abgeben.» Dass die SVP mit dem Finanzausgleich und mit der Forderung Winterthurs nichts anfangen kann, macht Kommissionsmitglied Rolf Jenni (Meilen) klar: «Wir sind an einem Punkt angelangt, wo man bremsen muss.» *THOMAS SCHRANER*